

Hermann, Katja: Palästina in Israel. Selbstorganisation und politische Partizipation der palästinensischen Minderheit in Israel. Klaus Schwarz Verlag: Berlin 2008, 398 S., 32 €.

Palästinenser und die palästinensische Gesellschaft sind in Nachrichten wie Zeitungen hierzulande vor allem mit dem sogenannten Friedensprozess und gewaltsamen Auseinandersetzungen verbunden, während die palästinensische Zivilgesellschaft nur wenig Aufmerksamkeit erfährt, was auch für jenen Teil gilt, der innerhalb Israels, das sich als jüdischer Staat definiert, seit der Staatsgründung als *homeland-minority* lebt. Ihrer Entwicklung geht Katja Hermann in einer Studie (Dissertation) nach, die am „Zentrum Moderner Orient“ in Berlin erschienen ist und insbesondere Kenntnisse über „Formen einer in NGO's organisierten Widerstands- und Protestkultur“, einem auch wissenschaftlich wenig untersuchten Bereich der palästinensischen Zivilgesellschaft, vermitteln will.

Katja Hermanns Interesse gilt säkularen Organisationen, die „wesentlich präserter in der öffentlichen politischen Auseinandersetzung um Rolle und Position der palästinensischen Minderheit in Israel“ sind, während religiöse islamische Positionen vorwiegend in dörflichen und karitativen Lebenszusammenhängen zum Tragen kommen.

Nachdem der Teilungsplan der Vereinten Nationen vom November 1947 quantitativ wie qualitativ zuungunsten der arabischen Bevölkerung Palästinas gefasst worden war, sahen sich die in Israel verbliebenen Palästinenser bis 1966 militärischer Verwaltung und weiteren Landenteignungsmaßnahmen ausgesetzt, obwohl ihnen kurz nach der Staatsgründung die israelische Staatsbürgerschaft zuerkannt worden war. Fortgesetzte Landnahme und Verweigerung von Freizügigkeit, hier Recht auf Rückkehr israelischer Palästinenser in ehemalige Wohnorte/Dörfer, führten zur Bildung der ersten Vereine und Organisationen wie dem „Committee for the Defense of Arab Lands“ (1975) und der ersten großen Demonstration am „Tag des Bodens“ im März 1976, mit der die Demonstranten auch ihren Willen ausdrückten, der israelischen Vorherrschaft standzuhalten, und den Palästinensern, Arabern in Gaza, Jordanien und andernorts bedeuteten, dass sie zwar nicht mit Waffen kämpften, aber sich wehrten.

Doch während der Wunsch und die Dringlichkeit, zu einem eigenen Staat zu kommen, bei den politischen Protagonisten, vor allem der PLO, mit der andauernden Besetzung wuchs, wurde er von der palästinensischen Bevölkerung Israels zwar unterstützt – aber nicht zum vorrangigen Ziel vor dem ihrer Gleichberechtigung als israelische

Staatsbürger. Andererseits spielten deren Belange in den Verhandlungen vor und nach Oslo keine Rolle, was wiederum dem Ansehen der PLO als Repräsentantin aller – also auch der israelischen Palästinenser – abträglich war, doch deren Selbstbewusstsein und ihre Eigeninitiative förderten. Neben Land- und Wohnrechtsfragen sind dabei kollektive und individuelle Bürgerrechtsfragen und -probleme zum Thema palästinensischer Selbstorganisation und innerisraelischer Auseinandersetzung und Meinungsbildung geworden. 1988 wurde die „Arab Association for Human Rights“ gegründet, das „Mossawa-Center“, das Zentrum für die Gleichberechtigung (arabischer Bürger von Israel) 1997. Wirkungen solch bürgerschaftlichen Engagements sieht Hermann darin, dass „nicht nur das Bewusstsein für die erlebte Diskriminierung gestärkt, sondern ... (international) legitimierte Handlungsmöglichkeiten“ gezeigt werden, deren Wirksamkeit darauf beruhe, dass sie „auf Grundlage der auch von Israel ratifizierten Vereinbarungen argumentiert und damit an die demokratische Verfasstheit des Staates appelliert“.

Jutta Maixner, Berlin

Der Beitrag ist zuerst in „Kommune“ 5/08 erschienen